

## Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der  
Ausländerbeiräte Hessen-  
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0  
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de  
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 22. Februar 2016

Clausnitz und Bautzen/Rassismus

### **Nur die Spitze des Eisbergs**

Landesausländerbeirat warnt vor weiteren Eskalationen und einer Kettenreaktion auch in den alten Bundesländern/schnelles Handeln gefordert

Zu den rassistischen Vorfällen in Sachsen am Wochenende sagte heute der Vorsitzende des Landesausländerbeirats, Enis Gülegen, in Wiesbaden:

„Wir sind zutiefst entsetzt und beschämt. Wir zählen darauf, dass eine breite gesellschaftliche Mehrheit sich nun öffentlich erhebt und gegen diese widerlichen Vorgänge Flagge zeigt. Wir zählen auf unseren demokratischen Rechtsstaat, der mit schnellem und konsequentem Handeln weitere Eskalationen verhindert.“

Dazu gehörten sowohl personelle Konsequenzen bei der Polizei in Sachsen als auch sensible Stellenbesetzungsverfahren: „Rassisten – vor allem wenn sie einer rechtspopulistischen oder rechtsextremen Partei angehören - haben in Flüchtlingsunterkünften nicht zu suchen!“

Vor allem aber stünden Clausnitz und Bautzen als vorläufige Höhepunkte für eine rassistische Eskalation gegen Migranten, die höchst alarmierend ist. Gülegen: „Es ist zu befürchten, dass die Welle der Gewalt auch auf andere Bundesländer überschwappt. Auch Hessen ist nicht davor gefeit. Warten wir nicht ab bis wieder Menschen ermordet werden.“

Gülegen forderte ein schnelles, entschiedenes Handeln: „Es ist höchste Zeit aufzuwachen und den Rattenfängern von AFD & Co auch politischen Einhalt zu gebieten. Dazu gehört, den politischen Zickzackkurs in der Flüchtlingsfrage mit dem Hinweis auf vermeintliche Stimmungen in der Bevölkerung zu beenden. Dazu gehört ein entschiedenes Eingreifen in rechtsradikale, aber auch rechtspopulistische Strukturen, die solches Denken erst ermöglichen. Und dazu gehört auch ein erheblicher Ausbau der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit.“

Rassismus muss durch mehr Prävention verhindert, rassistische Äußerungen und Taten durch eine Anpassung der Rechtsvorschriften besser verfolgt werden. In Hessen wären ein Landesantidiskriminierungsgesetz und der Aufbau von regionalen Beratungsstellen für Betroffene erste Schritte.“